

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 16.11.2020
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	20:30 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Michael C. Kissig	CDU
-------------------	-----

Mitglieder

Michael Schernikau	CDU	
Herbert Thomascheski	CDU	
Lothar Barop	SPD	
Rüdiger Fölske	SPD	
Sophia Jacobs-Emeis	SPD	
Dagmar Süß	Bündnis 90 / Die Grünen	
Willibald Ulbrich	Bündnis 90 / Die Grünen	
Olaf Wuttke	Bündnis 90 / Die Grünen	
Martin Schumacher	FDP	Vertretung für: Renate Koschorrek
Andreas Schnieber	WSI	
Dr. Detlef Murphy	DIE LINKE	
Christian Fuchs	CDU	ab TOP 5

Jugendbeirat

Arne Thon	Jugendbeirat	ab TOP 5
-----------	--------------	----------

Verwaltung

Manuel Baehr	
Jörg Amelung	
Rolf Jagemann	
Niels Schmidt	Bürgermeister
Volkmar Scholz	
Niklas Viehmann	Protokollführung

Abwesend

Mitglieder

Renate Koschorrek	FDP	entschuldigt
-------------------	-----	--------------

Umweltbeirat

Jens Brüggemann	Umweltbeirat	entschuldigt
-----------------	--------------	--------------

Seniorenbeirat

Manfred Schlund	Seniorenbeirat	Seniorenbeirat wird neu gewählt.
-----------------	----------------	----------------------------------

Verwaltung

Gisela Sinz

Ralf Waßmann

Gäste:

1 Vertreter der örtlichen Presse

Der Vorsitzende Herr Kissig begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Herr Schnieber bittet darum, die Protokollgenehmigung zu vertagen, da er es nur sehr kurzfristig erhalten und zum nichtöffentlichen Teil einige Anmerkungen habe.

Es liegen keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig die Vertagung der Tagesordnungspunkte 3 und 9 sowie den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte 10 und 11.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|---|--------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohner*innen | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 26.10.2020 | |
| 4 | Entgelt für Nutzung der Bike & Ride-Anlage am S-Bahnhof Wedel (Standort 2) | BV/2020/078 |
| 5 | Verwaltungsgebührensatzung | BV/2020/056 |
| 6 | Antrag der SPD Fraktion
hier: Beauftragung Stabstelle Prüfdienste zur Prüfung der Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Realisierung von Wedel Nord | ANT/2020/030 |
| 7 | Antrag der SPD Fraktion
hier: Beauftragung Stabstelle Prüfdienste zur Prüfung der Durchführung eines Pachtvertrages im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen | ANT/2020/029 |
| 8 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 8.1 | Prüfplanung der Stabsstelle Prüfdienste für das Jahr 2021 | MV/2020/092 |
| 8.2 | Cockpitbericht zum 30.09.2020 | MV/2020/087 |
| 8.3 | Sachstandbericht zur aktuellen Corona-Situation | |
| 8.4 | Bericht der Verwaltung | |
| 8.5 | Öffentliche Anfragen | |

nichtöffentlicher Teil

- 9 ~~Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der
Sitzung vom 26.10.2020~~
- 10 Grundstücksangelegenheit im Bereich des BusinessPark Elbufers BV/2020/083
- 11 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
 - 11.1 Bericht der Verwaltung
 - 11.2 Nichtöffentliche Anfragen

Öffentlicher Teil

- 12 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Es sind keine Einwohner*innen in dieser Sitzung anwesend.

2 Anhörung der Beiräte

Die Vertreter der Beiräte sind nicht anwesend.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 26.10.2020

Die Protokollgenehmigung wird vertagt.

4 Entgelt für Nutzung der Bike & Ride-Anlage am S-Bahnhof Wedel (Standort 2)

BV/2020/078

Die Mitglieder haben keine Anmerkungen zu dieser Vorlage.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, ab Inbetriebnahme, voraussichtlich zum 01.12.2020, für die Nutzung der insgesamt 84 abschließbaren Fahrradstellplätze in der Bike + Ride Anlage am S-Bahnhof Wedel (Standort 2) ein Entgelt in Höhe von

- 1,50 Euro pro Tag;
- 4 Euro pro Woche;
- 8 Euro pro Monat
- 75 Euro pro Jahr.

Die Preise beinhalten die gesetzliche Mehrwertsteuer.

2. Für die Nutzung der sechs abschließbaren Fächer wird ein monatliches Entgelt in Höhe von 2,50 Euro erhoben, wobei die Nutzung der Schließfächer immer mit der Buchung eines Fahrradabstellplatzes gekoppelt ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Abwesenheit eines HFA-Mitgliedes

5 Verwaltungsgebührensatzung

BV/2020/056

Die Mitglieder haben keine Anmerkungen zu dieser Vorlage.

Herr Thon vom Jugendbeirat und Herr Fuchs betreten den Raum.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt die als Anlage beigefügte Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung von Verwaltungsgebühren (Verwaltungsgebührensatzung). Die Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6 Antrag der SPD Fraktion

**hier: Beauftragung Stabstelle Prüfdienste zur Prüfung der
Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Realisierung von
Wedel Nord**

ANT/2020/030

Herr Fölske bringt diesen Antrag ein, der im Kontext zu den Beratungen im Planungsausschuss stehe. Aufgrund der grundsätzlichen Dringlichkeit und Notwendigkeit der Prüfung bittet die SPD um Abstimmung. Es soll dargestellt werden, was der Haushalt der Stadt Wedel mittel- und langfristig aushalten könne und daher wird im ein versachlichtest Wort der Stabstelle Prüfdienste gebeten.

Herr Wuttke führt aus, dass sowohl die haushaltliche Entscheidung als auch die Grundsatzentscheidung bei der Politik läge und diese sich dafür auch verhaufen lassen müsste, wenn etwas schiefgehen würde. Durch diesen Antrag wäre es genau umgekehrt. Die Prüfplanung 2021 wurde ebenfalls verteilt und es stellt sich die Frage, ob die Prüfdienste für einen solch umfangreichen Auftrag überhaupt Luft hätten.

Außerdem gibt es bereits ein aktualisiertes Gutachten, welches die Wirtschaftlichkeit von Wedel Nord betrachtet.

Herr Wuttke vermutet, dass ein gesamtes Ergebnis der Prüfung nicht Anfang des Jahres 2021 vorliegen werden würde. Dadurch würde die Entscheidung zu Wedel Nord weiter nach hinten geschoben werden. Die Grünen werden den Antrag daher ablehnen.

Für Herrn Kissig und die CDU ist der Antrag zu vage formuliert. Es ist unklar, was in der Rechtmäßigkeit geprüft werden solle. Es stelle sich nur die Frage nach der Wirtschaftlichkeit. Eine fiskalische Wirkungsanalyse gibt es und wurde vor kurzem erst aktualisiert.

In Wedel Nord werde zusätzlicher Wohnraum bereitgestellt. Bei einem Bevölkerungszuwachs entstehen immer Mehrkosten, weil dadurch unter anderem höhere Kosten für die Schulen und Kitas entstehen. Dabei ist unerheblich, ob es weitere innerstädtische Verdichtung gebe oder ob der Wohnraum in Wedel Nord geschaffen werde. Die Mehrkosten werden nicht zu 100 % mit Wedel Nord abgedeckt werden können. Die entscheidende Frage ist, ob das Wachstum verhindert werden soll und dadurch Mietsteigerungen in Kauf genommen werden oder ob zusätzlicher Wohnraum geschaffen wird, um dem entgegenzuwirken. Unklar ist auch, ob die Prüfdienste dafür überhaupt zuständig seien. Das von den beauftragten externen Prüfern erstellte Gutachten könnte überprüft, aber nicht ein komplett eigenes Gutachten erstellt werden. Ebenfalls sei unklar, ob so eine Prüfung mit der Prüfplanung zusammenpassen würde und ob dann nicht noch zusätzliches Personal benötigt werde.

Wedel Nord sei eine politische Entscheidung und jede Entscheidung habe positive und negative Auswirkungen.

Die CDU wird den Antrag ablehnen.

Herr Schumacher erklärt für die FDP, dass diese den Antrag ablehnen wird. Das Thema gehöre in den Planungsausschuss. Die fiskalische Wirkungsanalyse sei sehr sorgfältig formuliert worden. Völlig unabhängig vom Wachstumswille besteht in Wedel ein Wohnungsbedarf. Bereits vor der Wirkungsanalyse wurde errechnet, dass ein Wohnungsbedarf von 2.500

Wohnungen bestehe. Das RPA könne auch im Vorwege involviert werden, so wurde es beispielsweise auch bei dem letzten Grundstücksverkauf am Tinsdaler Weg gehandhabt.

Frau Jacobs-Emeis begründet, dass in jeder Beschlussvorlage eine Begründung der Verwaltungsempfehlung aufgeführt werde, worauf sich die Politik auch drauf stützt. Das Rechnungsprüfungsamt habe die finanzielle Lage auch auf längere Sicht besser im Blick als ein externer Gutachter. Die Entscheidung, ob das RPA eine solche Prüfung auch mit Priorität durchführt liegt an der Politik. Die Beauftragung des RPA erfolgt durch den HFA und den Rat und nicht durch den Planungsausschuss, daher wurde der Antrag hier gestellt.

Herr Schernikau ruft in Erinnerung, dass das Gutachten auf einen SPD Antrag angestoßen wurde. Durch den vorliegenden Antrag werde davon wieder Abstand genommen und eine zusätzliche Kontrolleinheit eingeführt und eine Entscheidung weiter geschoben. Die Politische Entscheidung müsse getroffen werden und dafür hilft der Antrag nicht weiter.

Die WSI lehnt den Antrag ab. Die Position der WSI zu Wedel Nord habe sich nicht geändert. Bei der SPD seien viele Widersprüchlichkeiten zu erkennen.

DIE LINKE sieht eine Überforderung des RPA von der Zielrichtung her. Sie hält den Antrag für eine Flucht vor der politischen Entscheidung und mindestens für eine Zeitverzögerung und maximal für eine Verabschiedung von Wedel Nord.

Herr Fölske erläutert, dass die Begründung des Antrages nicht mitbeschlossen werde. Im Beschluss steht nicht, dass die Politik die Bedingungen stellt und dadurch keine Entscheidung mehr getroffen werden könne. Die SPD rede nicht gegen die fiskalische Wirkungsanalyse, die Überprüfung dieser Zahlen sei auch nicht Bestandteil des Antrages. Die SPD drücke sich nicht vor der Entscheidung zu Wedel Nord. Aufgrund der möglichen Auswirkungen auf den Haushalt bedarf die Entscheidung einen fundierten Kenntnisstand über diese Auswirkungen.

Nach einer Reihe von weiteren Wortmeldungen erläutert Herr Jagemann, dass die Stabstelle Prüfdienste nicht über die Kompetenzen verfüge, eine fiskalische Wirkungsanalyse zu Wedel Nord aufzustellen. Ansatzpunkte für eine Überprüfung wären aus Sicht der Prüfdienste Chancen und Risiken sowie eine worst-case Betrachtung. Die Entscheidung würde letztendlich jedoch bei der Politik verbleiben. Die fiskalische Wirkungsanalyse könnte nicht in den Grundfesten erschüttert werden. Zum Zeitplan könnte eine Prüfung in Februar und März 2021 durchgeführt werden und somit frühestens im zweiten Quartal ein Ergebnis vorgelegt werden.

Anschließend lässt Herr Kissig über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja / 10 Nein / 0 Enthaltung

7 Antrag der SPD Fraktion

hier: Beauftragung Stabstelle Prüfdienste zur Prüfung der Durchführung eines Pachtvertrages im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen

ANT/2020/029

Herr Fölske präsentiert den Antrag. Der zu betrachtende Vertrag wird bald auslaufen und im Rahmen der Fertigstellung der Ostmole nach derzeitigem Kenntnisstand nicht verlängert wird. Die Durchsetzung der vertraglichen Vereinbarungen mit Pächtern im gastronomischen



Gewerbe ist mit einer Anzahl von besonders zu beachtenden Vereinbarungen verbunden, deren Einhaltung häufig nur mit großem Aufwand nachvollzogen oder überprüft werden kann. Es solle hier überprüft werden, dass auch bis zum Ende des Vertrages korrekt gearbeitet wird.

Beschluss:

Das RPA wird beauftragt, im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen 2018, 2019, 2020, ff. die Durchführung des Pachtvertrages mit dem Imbiss ISIS zu prüfen und das Ergebnis dem HFA im Rahmen des jeweiligen Prüfberichtes mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

8.1 Prüfplanung der Stabsstelle Prüfdienste für das Jahr 2021 MV/2020/092

Herr Jagemann berichtet, dass 2021 das Jahr der Herausforderungen für die Stabsstelle Prüfdienste werde. Der AZV Hetlingen müsse in diesem Jahr von den Prüfdiensten der Stadt Wedel geprüft werden.

Außerdem steht die Gesamtabschlussplanung für 2020 an. Derzeit läuft eine Ausschreibung, mit der sich Unterstützung von Wirtschaftsprüfern geholt werde.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8.2 Cockpitbericht zum 30.09.2020 MV/2020/087

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8.3 Sachstandbericht zur aktuellen Corona-Situation

Herr Schmidt berichtet über die aktuelle Corona-Situation in Wedel. Der steile Anstieg der Infektionszahlen scheint abgebremst zu sein. Der 7-Tage-Inzidenzwert liege derzeit bei um die 70. Die Wedeler Entwicklung scheint sich von der Hamburger Entwicklung abgekoppelt zu haben und verlaufe im Kreis Pinneberg auch besser als in Hamburg. In Wedel werden die Höchstwerte derzeit nicht erreicht und es gebe keine Hot-Spots.

In der Bahnhofstraße wurde durch eine Allgemeinverfügung des Kreises Pinneberg eine Maskenpflicht erlassen. Es ist erkennbar, dass die Regelungen eingehalten werden, solange sie auch von den Bürger*innen nachvollzogen werden können.

Die Stadt führe Kontrollen im Bereich Gastronomie und Einzelhandel durch, da es dort neue Regelungen gebe, die teilweise nicht allen bekannt seien. Für die Maskenpflicht werde auf die soziale Kontrolle gesetzt.

Unter den Mitarbeiter*innen in der Stadtverwaltung gab es einige wenige bestätigte Fälle, die jedoch keine großen Folgewirkungen für den Dienstbetrieb hatten. Sehr anspruchsvoll sei die Situation derzeit für die Mitarbeitenden im Bereich der Schulkinderbetreuung, da diese an die Regelungen der Schule gebunden seien. Aufgrund von Infektionen in der Mitarbeiterschaft und den Schulkindern ist die Arbeit dort derzeit nur schwer planbar. Die Eltern akzeptieren dies jedoch weitestgehend.

Finanzielle Auswirkungen sind noch nicht absehbar. Die Gewerbesteuer läuft weiterhin, da die Last im Bereich Pharma liege. Die Zahlen für das Schwimmbad werden jedoch nicht besser und auch die Schulauer Fähre und das Fünf-Städte-Heim stehen unter Druck und benötigen in diesem Jahr Zuschüsse.

Herr Wuttke erkundigt sich, ob es Signale der Zuschussfonds gebe, dass erwartete Zuschüsse ausbleiben könnten und ob sich die Auszahlung der Zuschüsse von Bund und Land verzögert. Herr Schmidt antwortet, dass die Ausgleichszahlungen für die Gewerbesteuer nun gezahlt wurden und es keine Signale der Fonds diesbezüglich gebe.

8.4 Bericht der Verwaltung

Herr Schmidt kündigt an, dass in die Dezember-Sitzungen des HFA und des Rates eine Beschlussvorlage zur Änderung der Hauptsatzung gegeben wird, um die rechtlichen Voraussetzungen für die Durchführungen von Gemeindevertretersitzungen über ein digitales Verfahren zu ermöglichen. Er deutet jedoch auch an, dass es derzeit noch kein vom Städteverband empfohlenes Produkt gebe, welches für eine einwandfreie technische Umsetzung in Frage käme.

Herr Kissig weist darauf hin, dass es in dem Workshop - Kommunalpolitik für Frauen Vorschläge gab, die ggf. in dieser Änderung bereits berücksichtigt werden können. Als Beispiel nennt er eine Regelung für ein festgelegtes Sitzungsende.

Herr Wuttke erinnert, dass es noch weitere Punkte gab und bittet, dass dies überprüft werden solle.

Eine Begrenzung der Sitzungsdauer ist laut Herrn Schmidt jedoch eine Regelung der Geschäftsordnung. Die Verwaltung wird die Ergebnisse des Workshops überprüfen und bei Bedarf bei den kommenden Änderungen berücksichtigen.

Es wird eine Übersicht für die politische Planung des Haushaltes 2021 verteilt und vorgestellt. Diese sieht eine Verteilung des Haushaltsentwurfes am 04.12.2020 vor. Die erste Beratung findet in den Sitzungen vom 12.01.-18.01.2021 und die zweite vom 08.02.- bis 15.02. mit einer Beschlussfassung des Rates am 25.02.2021.

Der Stellenplan, wie er bereits verteilt wurde, bleibt gültig, es wird kein neuer Stellenplan verteilt.

Außerdem gibt es die Möglichkeit den Haushalt digital im Internet einzusehen. Das Programm hat ebenfalls die Funktion, sich per Chat auszutauschen und Fragen direkt an die Verwaltung zu stellen. Einweisungen der Gremienmitglieder in das Programm können vom 07.12. - 10.12., 14.12.-16.12., und 04.01. - 07.01. angeboten werden. Die Fraktionen sollen sich hierfür direkt an den Fachdienst Finanzen wenden.

Die Fraktionen wollen zunächst intern darüber beraten und unter den Fraktionsvorsitzenden abklären, inwiefern der vorgelegte Plan umgesetzt werden kann. Es werden Schwierigkeiten in Bezug auf die zur Verfügung stehenden zeitlichen und räumlichen Kapazitäten unter den vorhandenen Bedingungen gesehen.

8.5 Öffentliche Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.



Öffentlicher Teil

12 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse. Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Grundstücksan gelegenheit im Bereich des Businessparks Elbufer abgelehnt.

Herr Kissig bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 20:30 Uhr.

Vorsitz:

Gez. Kissig

Michael C. Kissig

Protokollführung:

Gez. Viehmann

Niklas Viehmann

